

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scheuer.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Zu unserer Kriegstagung in Berlin.

Zu unserer Beratung treten am 28. Juni die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin zusammen. Der Weltkrieg ist die Ursache, daß die zwölfte ordentliche Generalversammlung nicht nach dem Beschluß des Breslauer Verbandstages in der frühlichen Rheinstraße Köln, sondern in Berlin abgehalten wird. In der Reichshauptstadt hat bereits 1903 eine Generalversammlung des Verbandes, die sechste, getagt. Es war das auch eine Art von Kriegstagung. Unser Verband zählte damals ungefähr 130 000 Mitglieder, eine Zahl, die unsern Mut und unsere Hoffnungen für die Zukunft ungemein schwellte. Bei Gründung des Verbandes im Jahre 1891 wäre der als ein Schwärmer betrachtet worden, der zu prophezeien gewagt hätte, der Verband werde in 12 Jahren 100 000 Mitglieder aufweisen. Der Aufschwung, den der Verband trotz aller Hindernisse über alles Erwarten genommen hatte, war selbstverständlich Ansporn genug, auf den weiteren organisatorischen Ausbau bedacht zu sein. Weitreichende Pläne standen damals zur Beratung, um dem Verband günstigere Möglichkeiten für seine Entwicklung zu sichern. Nicht alle diese Pläne reiften gleich beim ersten Anstich. Der Vorstand hatte eine Beitragserhöhung von 20 und 10 % (auf 50 und 25 %) gefordert bei Einführung eines Krankengeldzuschusses. Die Generalversammlung lehnte die Einführung der Krankenunterstützung ab und beschloß eine Beitragserhöhung auf 40 und 15 %. Die Beitragserhöhung war in erster Linie für die bessere Kriegsrüstung des Verbandes bestimmt, es wurde aber auch die Reise- und Arbeitslosenunterstützung bedeutend verbessert. Diese Beschlüsse hatten gute Folgen, die dazu ermunterten, später auf dieser Bahn fortzuschreiten. Die Wirkungen davon haben wir gesehen in dem herrlichen Aufblühen unseres Verbandes, das in der Geschichte der Arbeiterbewegung ein leuchtendes Zeichen sein und bleiben wird.

Der Krieg hat unsere friedliche Arbeit für den Aufstieg der Arbeiterschaft zu einem besseren Dasein jäh unterbrochen. Viele Zehntausende unserer Kollegen haben das friedliche Handwerkszeug mit der Kriegswaffe vertauschen müssen, um unser Land und Volk gegen den auswärtigen Feind zu verteidigen. Die Reihen unseres Verbandes sind dadurch stark gelichtet worden, doch seine Grundlagen sind unerschütterlich. Und daß sie auch weiterhin gesichert bleiben, das ist die Aufgabe der Generalversammlung. Sie wird sich in der Hauptsache mit Unterstützungsfragen zu beschäftigen haben. Diese Aufgabe ist ihr schon gestellt worden durch die vom Vorstand getroffenen Maßnahmen bei Ausbruch des Krieges und durch die zur Tagesordnung gestellten Anträge. Wenn der Vorstand den wohlgemeinten Bestrebungen auf Vertagung der Generalversammlung nicht nachgegeben hat, so erscheinen die Gründe, daß er über seine Handlungen Rechenschaft ablegen und Vollmachten für die weitere Kriegsdauer von der Generalversammlung erhalten wolle, in Unbedacht der gestellten Anträge vollberechtigt. Diese Gründe wurden noch verstärkt durch die inzwischen eingetretene Beteiligung Italiens am Kriege. So sehr wir alle das baldige Ende des Krieges erwarten, so ist sein Ende doch nicht abzusehen. Es hängt das nicht von unserem Willen allein ab, sondern vom Willen der Feinde Deutschlands. Da also mit einer längeren Dauer des Krieges noch zu rechnen ist, ist an eine sofortige Wiederintraffung des Statuts, wie sie von Bremen und Solingen beantragt ist, wohl nicht zu denken. Auch die teilweise Gewährung von Krankenunterstützung stößt uns große Bedenken ein. Die Antragsteller rechnen nicht damit, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege sein werden. Schon bevor er zu Ende sein wird, wenn sein Ende in Aussicht ist, werden wir mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, die sich noch steigert, wenn die vom Kriegsdienst entlassenen Heeresmassen zurückfluten werden. Dafür müssen wir gerechnet sein. Aber nicht nur dafür. Schon früher und besonders in letzter Zeit häuften sich die Stimmen in Unternehmungskreisen und in ihren Zeitungen, die Lohnkürzungen befürworteten und auffordern, Lohnforderungen entgegenzutreten. Damit haben wir ernstlich zu rechnen und deshalb alles zu unterlassen, was unsere Schlagkraft schwächen könnte.

Der Antrag des Vorstandes, den vom Kriege in unsere Reihen zurückkehrenden Mitgliedern die Dauer des Kriegsdienstes auf ihre Mitgliedschaft anzurechnen, wird gewiß allgemeine Billigung finden. Einen besonders wichtigen Gegenstand der Beratung wird die Staffelleistungsverordnung bilden. Der in Breslau dafür gewählte Kommission ist eine undankbare Aufgabe gestellt worden. Aber ihre Mitglieder haben sich mit unverkennbarer Lust und Liebe ihres Auftrages erledigt und das Ergebnis ihrer Bemühungen bekanntgemacht. Wir — und wohl auch die Kommission — sind nun einigermaßen enttäuscht worden dadurch, daß sich an die Veröffentlichung der Vorlage keinerlei Erörterung in der Metallarbeiter-Zeitung geknüpft hat. Ein Kollege im Felde sandte uns kürzlich zwar unter anderem einige ablehnende Bemerkungen darüber, die wir aber, da sich sonst nichts rührte, glaubten zurückhalten zu dürfen. Wir deuten das große Schweigen jedenfalls richtig, wenn wir annehmen, daß die Verbandsmitglieder den Zeitpunkt — abgesehen von grundsätzlichen Bedenken — zur Einführung von tiefgreifenden Neuerungen nicht für geeignet erachten.

Der Beratungstoff für die Generalversammlung ist zwar weniger umfangreich als für die früheren, jedoch nicht weniger wichtig. Wir stehen an einem der wichtigsten Zeitabschnitte unseres Verbandes. Die Beschlüsse der Generalversammlung sollen uns Kraft und Gewähr zu erweiterter Organisationsarbeit geben. Wir vertrauen darauf, daß sie sich ihrer Aufgabe würdig erweisen wird.

2000 Mark als Mindestsumme zum Leben.

Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen und im Reichsanzeiger veröffentlicht, durch die der unpfändbare Lohnbetrag von 1500 M nach dem Lohnbeschlagnahmegesetz auf 2000 M erhöht wird. Das bedeutet eine Erhöhung des unpfändbaren Lohnneinkommens um ein volles Drittel oder 33 1/3 Prozent. Mit anderen Worten besagt diese recht begrüßenswerte Neuerung zum Vorteil der Arbeiter und aller anderen Leute mit kleinem Einkommen, daß man heutzutage mit einem Jahreseinkommen von 1500 M nicht mehr bestehen und leben kann, sondern daß man die Mindestsumme zum Leben und zur Erfüllung seiner allseitigen Pflichten auf 2000 M erhöhen und festsetzen muß. Diese Erhöhung bedeutet die amtliche Anerkennung der herrschenden Teuerung und den guten Willen, dieser auch auf rechtlichem Gebiete Rechnung zu tragen.

Befragte das frühere Mindesteinkommen von 1500 M jährlich bei 300 Arbeitstagen einen durchschnittlichen Tagesverdienst von 5 M, so das von 2000 M einen solchen von 6,66 M. Aber man muß dieses Mindesteinkommen natürlich auch haben, denn als bloßes Schaugericht in der bundesrätlichen Verordnung hat es für den Arbeiter keinen Wert, bereitet ihm nicht einmal ein schönheitliches Vergnügen.

Die 6,66 M mindester Tagesverdienst ergeben einen Wochenlohn von 39,96 M, rund 40 M, und bei zehnstündiger täglicher Arbeitszeit einen Mindestlohn von 66 M, bei 9 1/2-stündiger von 70 M, bei 9-stündiger von 74 M und bei 8-stündiger Arbeitszeit von rund 81 M. Damit ist gewissermaßen eine gesetzliche Grundlage für die Arbeiterforderungen bei Lohnbewegungen geschaffen, die auch von Unternehmern nicht angefochten werden kann.

Die Erhöhung des unpfändbaren Lohnneinkommens durch den Bundesrat ist allerdings nicht ganz von der gleichen Bedeutung, wie eine solche durch die regelmäßige Gesetzgebung wäre; aber solange sie besteht, hat sie doch die gleiche verbindliche Rechtskraft, wie eine durch die Gesetzgebung in allen vorgeschriebenen Formen erlassene gesetzliche Maßnahme. Die bundesrätliche Verfügung soll nur vorübergehende Geltung haben und ihre Außerkraftsetzung vom Reichskanzler bestimmt werden. Das wird wohl sobald nicht geschehen und hoffentlich erst dann, wenn das Lohnbeschlagnahmegesetz durch den Reichstag im Sinne der bundesrätlichen Verfügung geändert und diese somit ersetzt sein wird. Da die Teuerung auch noch lange nach dem Kriege fortzuauern wird, die Lebensmittelpreise vielleicht gar nicht mehr auf den Stand vom Juli 1914 zurückkehren werden, so bleibt die Erhöhung des Lohnneinkommens der Arbeiterschaft eine unumgängliche Notwendigkeit.

Die Lebensmittelpreise und die Kosten der gesamten Lebenshaltung sind um fast 33 1/3 Prozent gestiegen, obwohl diese Zahlen schon große Bedeutung hätten. Die vergleichende Preisstatistik des preussischen statistischen Landesamtes, die der Reichsanzeiger veröffentlicht, zeigt anschaulich die während der Kriegszeit eingetretene furchtbare Teuerung. Es betrug nach dieser amtlichen Statistik der Preis für ein Kilogramm im Kleinhandel:

| | 1915 | | Im April | | | | | |
|-------------------------------------|-------|-------|----------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | April | März | 1914 | 1913 | 1912 | 1911 | 1910 | 1909 |
| Erbsen (gelbe) | 121,8 | 114,4 | 39,8 | 39,7 | 42,7 | 87,3 | 37,6 | 36,0 |
| Speisebohnen (weiße) | 123,3 | 118,6 | 44,7 | 45,4 | 46,9 | 39,2 | 39,3 | 37,4 |
| Linzen | 146,4 | 142,2 | 53,9 | 49,9 | 56,2 | 39,4 | 41,0 | 47,4 |
| Erbsen (weiß) | 15,2 | 14,8 | 7,2 | 7,8 | 11,4 | 8,6 | 7,2 | 8,8 |
| Erbäuter | 340,2 | 331,4 | 272,9 | 278,7 | 298,6 | 269,4 | 294,0 | 255,9 |
| Weizenmehl | 56,3 | 54,7 | 37,3 | 37,4 | 38,1 | 37,3 | 38,5 | 37,9 |
| Roggenmehl | 48,8 | 48,5 | 28,9 | 30,0 | 31,1 | 28,3 | 29,8 | 31,5 |
| Weißbrot (Semmel) | 72,6 | 73,0 | 52,4 | 52,4 | 54,2 | 52,2 | 53,0 | 53,9 |
| Roggenbrot mit Zusatz v. Weizenmehl | 43,7 | 43,3 | 28,1 | 28,9 | 30,4 | 29,9 | 32,2 | 30,5 |
| Preis | 117,8 | 108,3 | 48,6 | 50,0 | 49,4 | 47,2 | 48,3 | 50,9 |
| Kaffee (gebrannt) | 335,6 | 335,4 | 308,4 | 321,6 | 308,4 | 292,9 | 256,9 | 240,5 |
| Zucker (hart) | 58,1 | 55,0 | 50,1 | 50,6 | 63,4 | 49,3 | 56,1 | 50,2 |
| Speisefalz | 23,0 | 22,7 | 20,7 | 20,7 | 20,7 | 20,8 | 20,7 | 20,7 |
| Durchweizengrünze | 128,8 | 109,4 | 50,3 | 50,7 | 50,2 | 50,7 | 51,3 | 51,3 |
| Fahrgeld | 113,1 | 92,9 | 50,7 | 50,7 | 49,7 | 46,8 | 47,5 | 49,5 |
| Wassergeld | 107,2 | 92,1 | 40,8 | 40,3 | 37,8 | 33,5 | 34,3 | 36,0 |
| Steinkohlen (Hausbrand) | 3,1 | 3,1 | 2,7 | 2,7 | — | — | — | — |
| Braunkohle, gewöhnl. | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Form für 50 Kilo | 124,9 | 119,9 | 109,0 | 109,0 | — | — | — | — |
| Petroleum | 39,6 | 26,2 | 29,6 | 20,6 | — | — | — | — |
| Kohlensäure | 23,9 | 23,1 | 20,9 | 21,0 | 21,7 | 19,9 | 19,9 | 19,2 |
| 1 Hühner | 11,7 | 11,8 | 7,3 | 7,1 | 6,7 | 6,3 | 6,3 | 7,1 |

Die Ausdehnung des Vergleiches bis zurück ins Jahr 1909 macht diese amtliche Preisstatistik nur um so wertvoller. Eine Gegenüberstellung der Preise vom April 1914 und 1915 ergibt für unentbehrliche Artikel Preissteigerungen von 100, 200 und mehr Prozent, also das vielfache der 33 Prozent, um die der Bundesrat das unpfändbare Lohnneinkommen erhöht hat. Dabei handelt es sich überdies noch um Durchschnittspreise und nicht etwa um Höchstpreise, was besagen will, daß an manchen Orten die Preise noch mehr oder weniger höher sind als die Durchschnittspreise. Unter dieser starken Teuerung hat natürlich die Arbeiterschaft mit ihrem kleinen und sonst schon unzulänglichen Einkommen am meisten zu leiden, so daß Unterernährung und Schwächung der Gesundheit die sichersten Folgen davon sein werden.

In München hat der Kriegsausbruch für Verbraucherangelegenheiten in 200 Geschäften für 13 Warenarten Preisfestsetzungen gemacht, die ebenfalls bedeutliche Steigerungen erkennen lassen. Es handelt sich dabei um Feststellungen vom 29. März 1915 und bietet die Zusammenstellung folgendes Bild:

Preis wurde in 190 Geschäften gekauft zu Preisen von 30 M bis zu 1 M das Pfund. Im Juni 1914 waren die Verkaufspreise 22 bis 32 M. Ein Geschäft gibt noch zum alten Preis ab, die übrigen

189 Geschäfte verkaufen über diesen Preis, davon 67 bis zu 50 M und darunter. Es handelt sich meistens um Wucherpreis. Kartoffeln wurden in 125 Geschäften gekauft. Der sogenannte Höchstpreis ist für das Pfund 9 M. 66 Geschäfte verkaufen um 6, 7 und 8 M, 53 darüber, bis zu 12,5 M verlangten 6 Geschäfte. Der Preis für Kartoffeln war im März 1914 für das Pfund 4 M.

Salz, das in 154 Geschäften gekauft wurde, kostete in 8 Geschäften 10 M, in 81 Geschäften 11 M und in 65 Geschäften 12 M. Die bayrischen Salinen haben seit Kriegsbeginn keine Preissteigerung vorgenommen. Ein Preis von 10, höchstens 11 M, wie er auch im Juni 1914 zu verzeichnen war, erschien angemessen.

Margarine konnte 83mal gekauft werden. Dieser Artikel wurde im Juni 1914 für 80 M abgegeben. 55 Geschäfte verlangten 85 M bis 1 M, 28 Geschäfte darüber, bis zu 1,50 M das Pfund.

Brot (Roggenbrot), wofür ein Höchstpreis von 24 M für das Pfund festgesetzt ist, wurde 194mal gekauft; 136mal zum Höchstpreis, 35mal um 22 und 23 M und 23mal bis zu 26 M.

Eier, die in 141 Fällen gekauft und im Juni 1914 durchschnittlich das Stück um 7 M abgegeben wurden, kosteten 23mal 8 M, 110mal 10 M und 23mal 11 M das Stück.

Rinderfett kostete im Juni das Pfund 80 M. Es wurde in 94 Geschäften gekauft und war in 2 Fällen (Stückfett) noch zu diesem Preis erhältlich. Qualität Ia kostete 23mal 85 bis 100 M und 69mal 1,10 bis 1,30 M.

Schweinefleisch war im Juni 1914 das Pfund um 80 M erhältlich. Von 45 Einläufen mußten 2mal 1 M, 32mal 1,10 bis 1,40 M und 11mal 1,50 bis 2 M angelegt werden.

Kartoffelmehl wurde in 83 Geschäften gekauft. Es kostete im Juni 1914 das Pfund 20 M, war aber nur einmal um 25 M, 55mal um 30 bis 40 M, 27mal um 42 bis 75 M das Pfund zu haben.

Zwiebelsknollen kosteten im Juni 1914 das Pfund 4 bis 7 M. Solche wurden in 129 Läden gekauft, davon 91mal um 20 bis 25 M und 38mal um 26 bis 32 M.

Sauerkraut, das im Juni 1914 das Pfund um 8 M zu haben war, kostete 9mal 10 und 12 M, 32mal 14 und 15 M, 10mal 16 und 17 M, 53mal 18 M und 34mal 20 und 22 M.

Zichorie kostete im Juni 1914 das Pfund 26 M, war aber von 154 Einläufen nur 5mal um diesen Preis, 76mal um 27 bis 29 M und 73mal um 30 bis 33 M zu erhalten. Die Zichorienfabriken haben seit Kriegsbeginn keine Preissteigerungen vorgenommen.

Kaffee war sonst um 26 M das Pfund zu haben. Von 163 Käufen mußten 25mal 28 bis 44 M und 138mal 45 bis 70 M angelegt werden.

Bemerkenswert ist, daß die Zusammenstellungen keine Fleischpreise enthalten, was wohl beweisen soll, daß heute das Fleisch im Haushalt der Volksmassen eine sehr untergeordnete Rolle spielt, eine viel geringere als früher, da es ebenfalls in zahlreichen Familien ein seltener Leckerbissen und dann nur in geringen Mengen war.

Zum Ausgleich mit der Teuerung sind ja bereits vielfach Lohn- und Teuerungszulagen bewilligt worden; sie sind aber auf der ganzen Linie eine dringende Notwendigkeit für die gesamte Arbeiterschaft, für die auch ohne Ausnahme die herrschende Teuerung gilt, der sich nichttagarische Verbraucher nicht entziehen können. Und diese Lohnsteigerungen werden auch nach dem Kriege bei fortwauernder Teuerung nicht nur beibehalten, sondern noch weiter gesteigert werden müssen.

Die Gewerkschaften haben in der schweren Zeit des Krieges mit der Verhinderung von Lohnkürzungen und mit der Herbeiführung von Lohnsteigerungen die Sache der Arbeiter erfolgreich wahrgenommen. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter, ihre Mitglieder, nicht verlassen; es sollten daher umgekehrt auch die Mitglieder die Gewerkschaften nicht verlassen, sondern ihnen immer und überall unorganisierte Kollegen als neue Mitglieder zuführen. Eine für alle und alle für einen!

Eßt mehr Kartoffeln!

Von Dr. Paul Denisch.

Segei bemerkt einmal irgendwo, daß alle historischen Tragödien und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat, bemerkt Marx hierzu, vergessen hinzuzufügen: das eine mal als Tragödie, das andere mal als Farce.

An diese Worte fühlt man sich erinnert, wenn man jetzt, im ersten Kriegsmonat, einen Rückblick wirft über das Schicksal, das bisher die Volksernährung während des Weltkrieges gehabt hat! Gegen Ausgang des Winters und im Frühjahr zeigte das Problem sein ernstestes Gesicht. Es war deshalb so ernst, weil neben der auf ein bescheidenes Maß festgesetzten wöchentlichen Brotration ein Mangel an Kartoffeln eintrat, der in der zweiten Hälfte des arbeitenden Volkes schwer und bitter empfunden wurde. Von den Einschränkungen, unter denen damals weite Kreise litten, ist nie viel geredet worden, weil man sie eben als unvermeidliche Begleiterscheinung des Krieges ansah, aber das hindert nicht, auszusprechen, daß die damalige Kartoffelnot wie eine Tragödie wirkte.

Heute haben wir eine andere Kartoffelnot. Während wir in den vergangenen Monaten unter dem Mangel an Kartoffeln litten, leiden wir jetzt am Gegenteil, an ihrem Ueberfluß! Während es früher allenthalben hieß: spart! Kartoffeln! steht sie in der Schale, damit nicht beim Schälen so viel verloren geht, heißt es jetzt: eßt mehr Kartoffeln! Im Winter und Frühjahr hatte man die schauerhafte Entdeckung von der Existenz eines „inneren Feindes“ gemacht, der die Widerstandskraft des deutschen Volkes systematisch untergrabe und daher mit aller Energie vernichtet werden müsse. Dieser furchtbare „innere Feind“ war das — Schwein, das wohlbekannte, friedliche Landschwein, dessen Gefährlichkeit — sonst die Grundlage seiner Existenzberechtigung — ihm jetzt zum Verbrechen angerechnet wurde. Entsprechend wurde ihm nachgerechnet, daß täglich 720 000 Doppelzentner deutscher Kartoffeln im Lager der Schweine verschwinden und daß die Frage einfach laute: sollen die Menschen leben oder die Schweine? Ein gewaltiges Massenabschlachten wurde angeordnet und durchgeführt, wobei die Verwertung des Fleisches hinter die Erhaltung der Kartoffelschäpe an Wichtigkeit zurücktreten mußte. Und jetzt? — Bitte Mai erlöste der Staatskanzler des Jnnern, wir hätten

so viel Kartoffeln, daß wir darin erlaufen könnten. Sämtliche Städte sind mit Kartoffeln versorgt, die sie freiwillig einkaufen mußten, als die Preise den Höchststand erreicht hatten, und außerdem verbleibt der Reichsstelle für Kartoffelversorgung noch ein Ueberschuß von 8 1/2 Millionen Zentnern! Aus der Tragödie des Winters und Frühjahrjahres ist im Sommer eine Farce geworden!

Und dabei hatte man allen Anlaß zu der Befürchtung, daß gerade die letzten Monate vor der neuen Ernte die schlimmsten werden würden, wo die Vorräte aufgebraucht sein würden und die volkswirtschaftliche Miswägung Deutschlands mit allen ihren Schrecken zutage treten mußte. Das Gegenteil ist eingetreten. Statt des stets größer werdenden Mangels haben wir einen stets größer werdenden Ueberschuß. Und zwar keineswegs bloß an Kartoffeln. Auch an Getreide haben sich die Vorräte als größer herausgestellt, als man früher angenommen hatte. Auf Grund der Schätzungen im März hatte man damit gerechnet, Reserven in Höhe von 4,7 Millionen Doppelzentner bei Ablauf des Erntejahres zu behalten. Als man zwei Monate später, im Mai, eine neue Bestandaufnahme vornahm, stellten sich die noch vorhandenen Vorräte als viel größer heraus, als zwei Monate zuvor. Jetzt rechnet man mit einer Getreidereserve von 9 Millionen Doppelzentner, also mit nahezu dem Doppelten wie im März.

Die Erhöhung der Brotkrationen besonders für den körperlich schwer arbeitenden Teil der Bevölkerung, so oft gewünscht und als notwendig bezeichnet, kann jetzt nur noch die Frage kürzester Zeit sein, und die entsprechenden Bundesratsverordnungen sind als nicht bevorstehend zu erwarten. Aber selbst dann werden die Getreidevorräte so groß sein, daß wir bis Ende September oder Anfang Oktober mit ihnen ausreichen. Die neue Ernte braucht vor diesem Termin nicht in Anspruch genommen werden, da diesmal der sonst von Reichs wegen durch das System der Ausfuhrzölle künstlich herangezogene Export deutscher Getreides, der im Jahre 1913 die unglückliche Höhe von 9370 000 Doppelzentner Roggen und 7594 900 Doppelzentner Weizen erreicht hatte, wegfällt und, da wir diesmal schon zu Beginn der neuen Ernte die Ernährungsvorschriften haben, die bei der alten erst in Kraft traten, als der größte Teil bereits dahin war, so kann man den englischen Hungerungsplan als endgültig und unter allen Umständen gescheitert betrachten.

Wenn nun freilich auch die Uebertragung, daß wir mehr Lebensmittel haben als angenommen, besser ist, als wenn wir zu wenig hätten, so geht doch aus dieser Tatsache unbestreitbar hervor, daß die starken Entbehrungen und Einschränkungen, denen die deutschen Volksmassen sich monatelang haben unterwerfen müssen, in diesem Umfang ganz und gar nicht nötig gewesen wären. Schon Mitte Februar erhoben sich Stimmen von Sachkennern, die die Erwartung aussprachen — wie sie jetzt durch die Tatsachen glänzend bestätigt worden ist —, daß im Mai und Juni die Vorräte sich als viel größer herausstellen würden, als man befürchtete, und zwar nicht bloß deshalb, weil in gewissen Kreisen die Vorräte lediglich in wucherischer Absicht zurückgehalten würden, sondern auch deshalb, weil es in der Tat sehr schwer ist, Getreide, das, wie der Sachverständige lautet, noch „im Stroh“ ist, also noch nicht ausgedroschen ist, zu verlässig zu schätzen. Neben diese unbedeutenden Schwierigkeiten und beachtlichen Böswilligkeiten traten aber noch andere Faktoren. Die richtigen Einschätzungen des Bedarfs waren keineswegs einfach, und was in dieser Hinsicht einigen Gemeindeverwaltungen passiert ist, grenzte zuweilen an Komische. So hatte beispielsweise die Stadt Lichtenberg bei Berlin bei der Reichsstelle für die Kartoffelversorgung einen Kartoffelbedarf von 135 000 Zentnern angemeldet. Ende Mai verringerte sie ihre Anmeldung auf 5000! Sie hatte ihren Bedarf 3mal übermäßig! Und dabei steht Lichtenberg keineswegs allein unter den Städten in Preußen. Auch anderen Gemeinden ist ähnliches passiert, wenn auch dort vielleicht der Schum nicht ganz so groß war.

Aus alledem ergibt sich, wo der Fehler liegt: unsere Wirtschaftsordnung ist noch viel zu wenig durchorganisiert. Der Krieg hat bewiesen, daß das kapitalistische Deutschland glänzend organisiert ist, wenn es gilt, Menschen umzubringen; die militärische Mobilisierung war ein Meisterstück. Dasselbe kapitalistische Land wies in seiner organisatorischen Rüstung aber die größten Mängel auf, als es galt, Menschen zu erhalten. Bei alledem kann man ruhig zugeben, daß die Regelung der Lebensmittelfürsorge in Deutschland noch am besten von allen beteiligten Staaten gelungen ist, wie es denn kein Leeres Wort ist, das neulich aus englischem Munde zu uns herüberlörte: ein anderer Staat wie Deutschland wäre in dieser furchtbaren Situation schon lange zusammengebrochen! Wenn der Krieg uns etwas gelehrt hat, so ist es die Notwendig-

keit gesellschaftlicher Organisation auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens. Manche der Maßregeln, die in der Kriegszeit schnell improvisiert wurden, werden in verbesserter Form den Krieg überdauern und zu bleibenden Einrichtungen werden. Hier winken der organisierten Arbeiterklasse ganz besonders große Aufgaben. Sie hat unter der mangelnden Organisation der heutigen Gesellschaftsordnung am meisten zu leiden gehabt, sie ist am lebhaftesten daran interessiert, daß solche Verhältnisse nimmer wiederkehren.

Der Kampf in den Linke-Hofmann-Werken in Breslau und die amtliche Streikstatistik.

Die Berichterstattung durch Unternehmer und Polizeiorgane, auf denen die amtliche Streikstatistik aufgebaut ist, hat schon oft Veranlassung gegeben, auf das Unvollständige und oft Unrichtige dieser Berichterstattung hinzuweisen. In einem ganz besonderen Maße sehen wir uns auch heute wieder dazu veranlaßt. Im Band 279 der Statistik des Deutschen Reichs lesen wir über „Streiks und Ausperrungen im Jahre 1914“ folgendes:

„In der Gewerbegruppe VI (Maschinen usw.) ist in Breslau ein größerer Streik von Metallarbeitern in einer Maschinen- und Eisenbahnwagenbauanstalt zu verzeichnen. Von den 6493 Arbeitern dieses Betriebes streikten 1224 vom 9. Januar an. Der Streik endigte infolgedessen erfolglos am 20. Juli dadurch, daß die streikenden Arbeiter entlassen wurden und an Stelle des Streiks eine Ausperrung trat, welche zusammen 2240 Personen erfaßte. Die Ausperrung endigte mit vollem Erfolg des ausperrenden Arbeitgebers gegen Mitte Juli.“

Schon in die dieser Schilderung enthaltene zeitliche Reihenfolge stimmt nicht, denn bereits am 7. Februar wurde die Ausperrung aller organisierten Arbeiter gemeldet, die dann ebenso wie der Streik bis zum 16. Juli dauerte. Die amtlich gegebenen Zahlen der Streikenden und Ausgesperrten ergeben zusammen 3464 Streikende und Ausgesperrte. Diese Zahlen bleiben aber bedeutend hinter der Wirklichkeit zurück. Von Ende Februar bis Anfang April wurde die Gesamtzahl der Ausständigen allwöchentlich auf ungefähr 4500 angegeben und das wird wohl richtig sein. Bei einer Zählung der Streikenden und Ausgesperrten am 9. Februar 1914 wurden 3849 Mitglieder der beteiligten Organisationen festgestellt, die Zahl der Nichtorganisierten, die mitbetroffen wurden, wird auf ungefähr 300 geschätzt. Im Handelsteil des Berliner Tageblatts vom 12. März 1914 wurde über die Linke-Hofmann-Werke geschrieben:

„Es befinden sich von 7000 Arbeitern der Gesellschaft gegenwärtig 4000 im Ausstande.“

Bei der Abstimmung über die Einigungsbedingungen und über die Beendigung des Kampfes am 15. Juli 1914 wurden 3413 Stimmen gezählt. Diese Zahl kommt der in der amtlichen Statistik angegebenen schon sehr nahe, doch ist zu bedenken, daß schon bei kleineren Streiks es selten ist, daß alle Beteiligten an der Versammlung teilnehmen. Bei den in Betracht kommenden Massen ist der Unterschied aber zu gering, wenn weiter berücksichtigt wird, daß bei einem solchen Kampf mit einer mehr als halb-jährigen Dauer nicht alle Beteiligten am Orte bleiben, sondern fortwährend Abgänge nach auswärts eintreten.

Nach der amtlichen Statistik soll die Ausperrung mit vollem Erfolg des ausperrenden Unternehmers geendet haben. Diese Angabe ist unrichtig; es weicht deshalb auch die Zahlenübersicht der amtlichen Statistik weit von der Wirklichkeit ab, wenn in der Gewerbegruppe Maschinen usw. der Erfolg der ausperrenden Unternehmer unter Bezug auf die Zahl der in der Gruppe erfolgten Ausperrungen und Ausgesperrten mit 100 Prozent angegeben wird.

Wie es um den Erfolg des Unternehmers bestellt ist, läßt der Bericht über die Generalversammlung der Linke-Hofmann-Werke in Breslau vom 29. April 1915, wovon ein Auszug in Nr. 22 der Metallarbeiter-Zeitung 1915 enthalten ist, erkennen, wobei ganz abgesehen werden soll von den 3 000 000 M. Kosten, die dem Werk durch den Kampf entstanden sind. Die Ursache des Kampfes waren die fortgesetzten Morddrohungen, die bei den ohnedies schon geringen Verdiensten in der brutalsten Weise vorgenommen wurden. Wenn bei Abschluß des Kampfes berichtet werden konnte, daß für ungefähr 2000 Metallarbeiter Verdienstschmälerungen von ungefähr 8000 M. wöchentlich abgewehrt wurden, so ist es mindestens sehr gewagt, von einem vollen Erfolg des ausperrenden Unternehmers zu reden.

Über auch in anderer Hinsicht hatte die Firma einen Mißerfolg zu buchen. Durch die Vorgesetzten wurde in den verschiedenen Abteilungen des Werkes bei der Einstellung von Arbeitern und auch aus anderen Anlässen der bekannte „gelbe Druck“ auf die Arbeiter ausgeübt, um sie zum Eintritt in den gelben Werkverein zu bewegen. In Punkt 2 der Einigungsbedingungen mußte die Firma das Vereinigungsrecht der Arbeiter ausdrücklich anerkennen. Der „Erfolg“ des ausperrenden Unternehmers kann jedenfalls am besten bewertet werden bei Betrachtung der am 15. Juli 1914 von den Arbeitern angenommenen Einigungsbedingungen, die hier nochmals im Wortlaut zum Abdruck kommen:

1. Die Direktion erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, die mittleren Durchschnittsgehälter der einzelnen Arbeiterkategorien, wie sie bisher bestanden haben, zu verringern.

Es werden Änderungen an den im Werk gültigen Abfordern nur vorgenommen, wenn sie durch Vereinfachungen, technische und betriebstechnische Verbesserungen oder Maschinenarbeit begründet sind. Bei Maschinenarbeit wird die Mindestlöhnezahl, für die der Abfordern gilt, angegeben.

Bei Abfordernfestsetzungen, bei denen sich bei fleißiger und sachgemäßer Arbeit herausstellen sollte, daß mit der Festsetzung ein Härte verbunden ist, soll auf Antrag der beteiligten Arbeitnehmer eine Nachprüfung und gegebenenfalls eine Erhöhung stattfinden.

2. Die Direktion wird weder eine Antastung des Sozialisationsrechtes noch eine Agitation in den Werkstätten, ganz gleich für welche Organisation, dulden. Eine Bevorzugung oder Benachteiligung der Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit wird nach wie vor nicht stattfinden.

3. Die Einstellung erfolgt für Mitglieder der Betriebskrankenkasse ohne ärztliche Untersuchung.

Es soll versucht werden, jeden Arbeiter wieder auf seinen von ihm verlassenen Platz zu bringen, soweit es die Betriebsverhältnisse und die Rücksicht auf die zurzeit im Werke arbeitenden Leute zulassen. Fremde Arbeiter werden bis zum 15. September 1914 nicht eingestellt, ehe nicht die aus geschiedenen, die den betreffenden Platz besetzen könnten, berücksichtigt worden sind. Die Einstellung derjenigen Arbeitnehmer, die bis zum Tage des Friedensschlusses von den Linke-Hofmann-Werken entlassen sind, wird dadurch nicht berührt.

Bei der Wiedereinstellung werden die Älteren und verheirateten Arbeiter möglichst zuerst berücksichtigt. Maßnahmen werden nicht stattfinden.

4. Den wieder eingestellten Arbeitern sollen nach einer Frist von einem Jahre, sofern sie während dieser Zeit zu Störungen im Betriebe keine Veranlassung gegeben haben, auf ihren Antrag für die von den Linke-Hofmann-Werken zu gewährenden Vergünstigungen die früher im Werke zugebrachten Jahre in Anrechnung gebracht werden. Diese Anrechnung tritt im Falle einer Invalidität infolge eines Betriebsunfalles, sowie bei Todesfall eines Arbeiters sofort ein.

Die in § 9 des Statuts der Unterhaltungsabteilung angegebene Karenzzeit von drei Monaten fällt für die Frauen der Wiedereingestellten fort.

5. Die am 22. Mai 1912 für die Gießerei getroffenen Bestimmungen bleiben bestehen.

Soweit die Dieselmotorarbeit schlechtere Verdienste gewährt, soll ein Ausgleich durch besser bezahlte Arbeit möglichst herbeigeführt werden.

Alle sonstigen Erklärungen, die in den Verhandlungen während der diesjährigen Bewegung abgegeben sind, werden durch vorstehende Vereinbarungen ersetzt.

Die Zusagen in den Punkten 2 und 4 werden von der Direktion nur dann aufrechterhalten, sofern die Arbeiterschaft die Punkte 1, 3 und 5 unbedeutend annimmt.

Der Tag, an dem die Wiedereinstellung der Arbeiter beginnen kann, und die Art und Weise, wie sie zu erfolgen hat, bleiben besonderen Bestimmungen der Direktion vorbehalten.

Die unterzeichnete Kommission nimmt die vorstehenden Bedingungen an und verpflichtet sich, sowohl in der 2er-Kommission als auch in den Berufsversammlungen diese voll zu vertreten und zur Annahme zu empfehlen.

Unser Verband in der 44. Kriegswoche.

Beim Abschluß der Zusammenstellung über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit für die 44. Kriegswoche (vom 30. Mai bis zum 5. Juni) fehlten die Berichte aus folgenden 26 Orten: Berlin, Reuthehl, Lillst, Glogau, Fürstenberg, Verla, Gardelegen, Gotha, Göttingen, Koburg, Langermünde, Bremezhausen, Schleswig, Uetersen, Münster, Gießen, Koblenz, Regh, Steinbach, Trailsheim, Ebgingen, Lörrach, Neustadt a. S., Singen, Gungelshausen, Lindau.

finden, die die Töne a, b, c, d, e und f erklingen lassen können. Lauscht nun ein Ohr in nicht allzugroßer Entfernung, so wird es diese sechs verschiedenen Töne zusammen hören, wenn die Glocken angeschlagen werden. Denn die sechs Arten von Schallwellen strömen alle dem Ohr zu, um sich dort einzeln bemerkbar zu machen. Es ist hier nicht von Belang, daß vielleicht ein unzufälliges Gehör die verschiedenen Töne nicht mehr deutlich zu trennen vermag. Gilt musikalischer Sinn dies jedenfalls tun, und es ist nur von Bedeutung, daß alle sechs Töne wenigstens in gleicher Weise an das betreffende Trommelfell klopfen, wenn anders das Ohr von den Glocken gleich weit entfernt ist, und wenn sie gleich kräftig angeschlagen worden sind. Würde man einen Schwingungsmesser aufstellen, der aus einer großen Zahl verschiedener langer Stahlfäden besteht, so müßten wirklich die sechs Töne schwingen, deren Eigenbewegungen die betreffenden sechs Töne ergeben.

Nun werde aber zwischen dieser Glockengruppe und dem vernehmenden Ohre eine Stimmgabel aufgestellt, die den Ton a gibt, wenn sie zum Schwingen gebracht wird. Welche Folge muß das haben? Offenbar werden die Töne b, c, d, e und f in derselben Weise zum Beobachtungsorte strömen, wie es vorher der Fall gewesen war. Dagegen müßten die Schallwellen, die von der a-Glocke ausgehen, ein besonderes Gesicht erfahren. Kommen sie nämlich an die Stimmgabel, so wird diese, da sie ja auch auf a abgestimmt ist, zum Kräftepunkt angesetzt. Dabei schließt sie aber einen Teil der Wellenströme ein, so daß nur noch schwache Wellen weiterströmen können. Nun ist allerdings zuzugeben, daß die schwingende Stimmgabel wieder Schallwellen aussendet. Aber sie gibt nicht alles heraus, was sie empfangen hat, und außerdem wirkt sie nach allen Seiten, so daß der größte Teil dieser Wirkung gar nicht für die Stelle in Betracht kommt, wo sich das prüfende Ohr befindet. Infolgedessen löst also tatsächlich gerade die a-Gabel den Ton a mehr oder weniger aus, und es löst die Verdunkelung des Tones a auf das Vorhandensein eines a-Perceptors ab, der an sich diesen Ton zu erzeugen berufen und fähig ist.

Die Wirkung der Natriumlinie wird jetzt nicht schwer fallen. Die Wissenschaft nimmt zurzeit an, daß der Kern der Sonne aus einer weißglühenden, festen oder klüftigen Masse besteht. Darauf deutet zunächst die Regenbogenfarben hin. Sie behauptet aber ferner, daß dieser Kern von einer Hülle weniger heißer Gase umgeben sei, in denen sich zum Beispiel Natriumdämpfe befinden. Denn diese müssen das gelbe Licht, das der Sonnenkern an sich besitzt, in ähnlicher Weise auffangen und zerstreuen, wie wir es vorhin von den Schallwellen und der a-Gabel festgestellt haben.

Die eingehende Prüfung der vielen dunklen Linien läßt nun fast gesagt erkennen, daß die Sonne wesentlich aus demselben Material aufgebaut ist wie die Erde. Und die Spektralanalyse der Sterne verriet ferner, daß überhaupt das ganze Weltgebäude „aus einem Stein“ stammt!

Bedeutet diese Erkenntnis nicht eine großzügige Weltanschauung? Und es ist Fraunhofer, dem wir sie lediglich verdanken.

Zum Gedächtnis Fraunhofers.

Von Hans Bourquin.

Solange es Menschen gibt, mögen bewundernde Augen den Regenbogen bestaunt haben, der aus dem weißen Lichte der Sonne die Pracht leuchtender Farben schöpft. Und wie viele Farben sollen wir unterscheiden? Gibt es nur Rot, Orange, Gelb, Grün, Blau und Violett, oder ist nicht vielmehr ihre Fülle unermeßlich groß, indem sie in unendlich feinen Abtönungen ineinander übergehen? Man kann die Schönheit eines solchen „Spektrums“ auch künstlerisch gewinnend, und man bedarf dazu nicht einmal wissenschaftlicher Mittel. Schon der jüdische Schilf an einem Glase, an einem Spiegel, am Rande eines Fensters zaubert ein buntes Farbenbild an die Wand, wenn die Sonne hindurchschaut. Und die Wissenschaft hat sich ein dreifaches Glas zurechtgemacht, mit dem sie die Lichtzerlegung gründlich beobachten kann. Sie nennt jenes ein „Prismen“, und wenn der Schilf mit diesem ein Spektrum hindert und in seine Bestandteile zerlegt, so spricht er von einer „Spektralanalyse“, das heißt von einer „Auflösung des Lichtes“, das von der Sonne oder von irgend einem leuchtenden Körper ausgeht.

Eine genauere Untersuchung des Sonnenpektrums zeigt nun, daß die sogenannten Regenbogenfarben doch nicht so gleich ineinander übergehen, wie es zunächst den Angesehen hat. Es ziehen sich vielmehr scharfe Linien, dunkler Linien quer durch das Farbband, die nicht gerade schwarz sind, die aber doch Verdunkelungen der Farben bedeuten, die man in einem ungehörten Spektrum an ihrer Stelle hell sehen würde. So scheint also auch das Sonnenlicht selbst schon seine Schatten in sich zu tragen.

Diese Linien lassen sich jedoch nur mit sehr vollkommenen Instrumenten beobachten, und es ist darum nicht auffällig, daß sie erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit bekannt geworden sind. Fraunhofer aus Schwabach hat sie vor rund 100 Jahren entdeckt. Über diese Zeiten seines Schicksals gewahren wir, was geschieht es nicht deshalb, weil man gern Ereignisse in der Erinnerung auffrischt, wenn ein Jahrhundert verfliehen ist, sondern deshalb, weil das jüngste Jahrhundert eine Welt in den Van des Weltalls erschaffen hat, und weil Fraunhofer mit seinen dunklen Linien jenseit Licht gebracht hat.

Unter diesen „Fraunhofer'schen Linien“ zeichnet sich etwa ein Dutzend durch größere Deutlichkeit aus. Man benennt sie mit Buchstaben, und besonders vielgenannt ist die Linie „D“, die im Gebiet der gelben Farbe an einer ganz bestimmten Stelle liegt. Nebenher wird diese auch B bezeichnet.

Wenn man ein Prisma angefeuchtetes Kochsalz in eine Regenwolke hält und dem ihr Licht durch ein Glasprisma fallen läßt, so gewinnt man ein ganz besonderes Spektrum. Zunächst werden die Regenbogenfarben mehr oder weniger deutlich erscheinen. Diese ändern von der Flamme her, in der sich glühende Salzkörner befinden. Uebersetzt man alle jetzt und künftigen Körper, wenn sie glühen und leuchten, ein Spektrum, das dem der Sonne — natürlich unter Abstrich — dunklen Linien — ähnlich ist.

Böht man eine Spirituslampe für diesen Versuch, oder benutzt man eine sogenante Bunsenlampe, wie man sie auch bei den Gaslampen findet, so treten diese Regenbogenfarben mehr zurück, weil die betreffenden Flammen eine geringere Leuchtkraft besitzen. Immerhin ist uns nicht daran gelegen, daß sie ganz verschwinden. Denn wir brauchen die Regenbogenfarben als Hintergrund für eine weitere Erörterung. Wir bemerken nämlich im Gelb eine besonders helle Linie, die ganz an der Stelle liegt, wie die Linie D, und die wir als „Natriumlinie“ anzusprechen haben. Und warum? Weil unser Kochsalz eine Zusammensetzung von Chlor und Natrium ist, und weil das Metall Natrium in der Flamme in einen glühenden Dampf verwandelt ist, der seine besondere Strahlung besitzt. Das ist eben das gelbe Licht von einer ganz besonderen Abtönung, das wir wahrnehmen.

So erzeugt jeder Dampf und jedes Gas, wenn sie zum Leuchten gebracht werden, bezeichnende Linien. Allerdings sind die Erscheinungen zunächst viel zusammengesetzter als beim Natrium, wo es sich nur um eine einzige Linie handelt, die allerdings, genau genommen, in zwei dicht nebeneinander liegende zerfällt, die aber doch nicht ohne peinliche Beobachtung einzeln ausfindig sind, und die sich auch mit sehr feinsten Mitteln leicht darstellen und beobachten läßt. So zeigt Natrium zwei ganz verschieden gefärbte Linien. Die eine ist rot, die andere gelb, aber von einer anderen Abtönung als hierbei handelt es sich wieder um ein besonderes Rot, um eine besondere Stelle im Gebiet des Rot. Wacht man Natriessigflüßig, indem man etwas eine elektrische Entladung durch ein Köhlerchen sendet, das mit diesem Gase gefüllt ist, so erscheint wieder eine andere getönte rote Linie, und außer ihr sieht man noch eine grüne und eine blaue. Während Arbeit langer Jahre hat die Spektralanalyse möglicher Gase festgestellt, was natürlich nur auf Grund sehr sorgfältiger Beobachtungen möglich war. Und es ist klar, daß sich aus irgend einem Spektrum umgekehrt auf die Zusammensetzung der betreffenden Lichtquelle schließen läßt.

Aber lassen wir zum Natrium zurück. Wir haben also festgestellt, daß im Sonnenpektrum eine gewisse dunkle Linie D zu sehen ist, die über Tage nach genau der Natriumlinie entspricht. Sie ist also gewissermaßen eine „angelehnte“ Natriumlinie, das heißt eine ins Dunkel übergehende. Und der Leier, dem die photographischen Vorgänge und Apparate ein wenig gelangig sind, wird sagen, daß sich im Sonnenlicht eine „negative“ Natriumlinie befindet. Das läßt sich aber daraus schließen.

Eine unangenehme Urteil ist schnell gefällt. Was man nicht annehmen darf, daß sich in der leuchtenden Sonnenmasse jenseit kein Natrium befindet, weil eben die Stelle dunkel ist, die bei seinem Vorhandensein hell sein müßte. Aber dieser Schluss wurde falsch sein! Gerade die dunkle Linie D deutet darauf hin, daß das Natrium, das wir besonders in dem menschlichen Kochsalz schätzen, auch auf dem Gestirn irgendwo vorhanden sein muß, was uns der Tag bringt.

Es ist allerdings nicht leicht, etwas zu glauben, das dem so gewohnten gesunden Menschenverstand widerspricht. Aber es wird gewiß möglich sein, hier mit Hilfe eines Feines Lichtes zu schaffen. In irgend einer Stelle sollen sich sechs abgestimmte Glocken be-

Unserem Bericht liegen somit die Nachweise aus 414 Verwaltungsstellen zugrunde.

Übersicht über die Zeit vom 30. Mai bis zum 5. Juni 1915.

Table with columns: Bezirk, Verwaltungsstellen, Mitglieder, Davon zum Militär, Davon arbeitslos, Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung.

Zusammenfassung der Zahlen für die Zeit vom 30. Mai bis zum 5. Juni 1915.

Die 414 berichtenden Verwaltungsstellen hatten am Schlusse der Vormoche 281 173 Mitglieder. Im Laufe der Berichtszeit sind jedoch 1666 hinzugekommen, was einen Mitgliederstand von 282 839 bei Beginn der Berichtszeit ergibt.

Ein Vergleich des Abganges mit dem Zugang ergibt einen Mitgliederverlust von rund 2000. Dabei ist aber zu beachten, daß nach dem allein schon 2534 in der Berichtszeit zum Militär einberufen wurden und weitere 1310 durch Tod oder aus sonstigen Gründen ausgeschieden sind, der Verlust ein viel größerer wäre.

Die Einberufungen zum Wehrdienst nehmen immer noch ihren Fortgang und sind in der Berichtszeit wieder um 284 höher gewesen als in der Vormoche.

Die Arbeitslosigkeit ist in ihrer Gesamtheit ein wenig zurückgegangen, es betrug die Zahl der Arbeitslosen für die Berichtszeit 3958, in der Vormoche waren es 4028. Der Prozentsatz, der in der Vormoche 1,4 betrug, ist dadurch nicht verändert worden.

Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung waren für die Berichtszeit wieder etwas größer und betragen 11 628 M. Der Grund ist in der nicht allgemein üblichen wöchentlichen Auszahlung zu suchen.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Table showing weekly statistics from August 1914 to June 1915, including membership numbers and unemployment figures.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 27. Juni der 27. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Juni bis 3. Juli 1915 fällig ist.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16a zu adressieren.

Berichtigung der Mitteilung über die im Monat Mai bei der Hauptkassa eingegangenen Verbandsgelder.

Berichte.

Metallarbeiter.

Um a. 2. Seit Kriegsausbruch sind in Urm die hauptsächlich in Frage kommenden Betriebe mit Aufträgen überhäuft. Vergößerungen wurden vorgenommen, selbständige Meister zu Hause beschäftigt und eingestellt, soweit Platz vorhanden war.

hervorzuheben. Dann kommt noch ein weiterer Grund zur Unzufriedenheit für die Arbeiter in Betracht, das sind die Verhältnisse.

Die 414 berichtenden Verwaltungsstellen hatten am Schlusse der Vormoche 281 173 Mitglieder. Im Laufe der Berichtszeit sind jedoch 1666 hinzugekommen, was einen Mitgliederstand von 282 839 bei Beginn der Berichtszeit ergibt.

Die 414 berichtenden Verwaltungsstellen hatten am Schlusse der Vormoche 281 173 Mitglieder. Im Laufe der Berichtszeit sind jedoch 1666 hinzugekommen, was einen Mitgliederstand von 282 839 bei Beginn der Berichtszeit ergibt.

Außerdem erhielten die Lehrlinge auch eine Aufbesserung von 2 S die Stunde; einige über den Rahmen obiger Aufstellung gehende Aufbesserungen sind nicht darin enthalten.

sam gemacht werden, besonders nach dem Kriege, wo nach Umständen viele Tausende Kollegen zugerechnet kommen.

Rundschau.

Die Volksfürsorge im Jahre 1914.

Die zweite Generalversammlung der Volksfürsorge zur Entgegennahme des Geschäftsberichts über das erste volle Geschäftsjahr 1914 und zur Beschlußfassung über die Verwendung des trotz der mannigfachen Hemmnissen durch den Krieg erzielteten Ueberschusses ist auf Sonnabend den 26. Juni nach Hamburg einberufen.

Aus dem vom Vorlande der Generalversammlung zu erstattenden Geschäftsbericht für das Jahr 1914 ist zu entnehmen, daß das Jahr 1914 einen Neuzugang von 124 805 Versicherungen brachte, durch welche 20 804 425 M. versichert wurden.

Die Volksfürsorge zahlte im Jahre 1914 für 1111 Sterbefälle die bedingungsangemessenen Versicherungsleistungen; darunter beim Tode durch Unfall im ersten Jahre der Versicherung in 27 Fällen 7091 M., die hierfür bezahlten Prämien betragen nur 326 M.

Menschlichkeit.

In der Note, die der amerikanische Präsident Wilson kürzlich an die deutsche Reichsregierung wegen der Torpedierung des englischen Schiffes 'Lusitania' gerichtet hat, ist auch mit besonderer Betonung davon die Rede, im Kriege die Menschlichkeit zu wahren.

Das Material ist von hoher Dehnbarkeit und etwas ganz besonders; es hat die Neigung, bei der Explosion der Granaten in keine Stücke zu zerpringen. Die Einrichtung der Füllung dieser Granate ist ähnlich der des Schrapnells, aber sie unterscheidet sich dadurch, daß zwei explosive Säuren verwendet werden, um die Ladung im Hohlraum des Geschosses zur Explosion zu bringen.

Hieraus läßt sich ersehen, daß diese Granate Isitungs-
fähiger ist als das gewöhnliche Schrapnell, da die Wunden, die
durch die Schrapnellkugeln im Sprenghübel im Fleisch verursacht
werden, nicht so gefährlich sind, solange sie keine giftigen Wei-
mischungen haben, die eine unverzügliche ärztliche Hilfe notwendig
macht.

Der Volksfreund in Buffalo sagt zu dieser Anzeige:

„Es ist schon niemals eine grausamere, unmenschlichere Gesinnung
in einer öffentlichen Anzeige getreten als in dieser Offerte
eines Massenfabrikanten in den Vereinigten Staaten, dem Lande,
das sich der Humanität und der Moral über alles rühmt! Dem
Lande, dessen Präsident soeben der deutschen Regierung in einer
offiziellen Note eine Moralphilippik über Humanität und Völkerrecht
zu halten sich berufen fühlte! Man beachte es wohl, die in dieser An-
zeige angepriesenen Geschosse sind vergiftet, und zwar in einer Weise,
daß sie den Tod der dadurch verwundeten Soldaten binnen vier
Stunden unter schrecklichen Qualen herbeiführen müssen. Und diese
Geschosse, das dürfen wir nicht vergessen, sind dazu bestimmt — wie
die Berufung auf die Erfahrung der Schützengräben beweist —
im Dienste der Alliierten gegen die deutschen „Barbaren“ verwendet
zu werden, da nur diese Waffen und Munition aus den Vereinigten
Staaten beziehen können. Ist es schon für jeden wirklich neutral
gesinnten Bürger dieses Landes schwer verständlich, wie unsere neu-
trale Republik der einen kriegführenden Partei uneingeschränkte
Waffenzufuhr gestattet, so ruft diese nur auf materiellen Gewinn
hingehende Unmenschlichkeit die Empörung und Entrüstung jedes
rechtenden Amerikaners wach. Eine demokratische Regierung
kann am allerwenigsten diesen Schandfleck auf dem Lande sitzen
lassen, der durch die Habgier gewisser Fabrikanten dem ganzen ameri-
kanischen Volke den Stempel der Unmenschlichkeit aufdrückt.“

Friedensstunde aus Frankreich — Kriegsdruse aus England.

Gegen das Durchhalten bis zur vollständigen Niederwerfung
Deutschlands, wie es die Wandervogel, Guesde, Sembat, Longuet,
Comperé-Morel, Baillan, Hervé usw. verstehen, hat sich eine Woll-
verfälschung der sozialistischen Föderation des Departements
Garde Viennese (im Innern Frankreichs, Hauptort Limoges)
gewandt. Der Vorwärts vom 16. Juni bringt einen in der Berner
Lagebericht erschienenen Bericht über die Versammlung, der an den
Partei-Vorstand, die sozialistische Kammergruppe und die Parteifö-
deration gerichtet ist. In diesem Bericht sagt die Versammlung,
daß sie im Interesse des Sozialismus, der Arbeiterklasse und des
Vaterlandes das Ende des Krieges wünsche. Selbstverständlich fordere
sie nicht den Frieden um jeden Preis. Sie schlägt nicht vor, Belgien
und die besetzten französischen Gebiete den auszuliefern, die sie
heute in Händen haben. Es sei aber nicht die Aufgabe der sozia-
listischen Partei, den Krieg ins Endlose zu treiben und die Ohren vor
jedem Friedensgerücht zu verschließen. Ob es zweckmäßig sei, einen
sozialistischen Kongreß der neutralen Länder einzuberufen, überläßt
die Versammlung der eigenen Entscheidung der betreffenden Länder;
sie wendet sich aber gegen eine Vollziehung des Internationalen Sozia-
listischen Bureaus. Sie bedauert unter anderem ferner die Neben der
in der Öffentlichkeit als Vorführer angesehenen Genossen, die in
einer auf alle Fälle verbotenen Weise die Beurteilung der deutschen
Sozialisten auszusprechen und dadurch die Internationale angegriffen
haben, oder die, bald die Formel vom Durchhalten bis zu Ende
aufnehmend, eine gefährliche Zweibeitigkeit herbeiführen. Ob man
glaube, den Frieden der Vernichtung des deutschen Militarismus
unterordnen zu können, der doch wie alle Militarismen nur ver-
schwinden werde durch die im Rahmen der Nation sich vollziehende
Aktion der Arbeiterklasse. Ob man ferner glaube, diesen Krieg nur
dann beendigen zu sollen, wenn es möglich sei, den Kaiserreichen
Zentralasien die Bestreitung der von ihnen unterdrückten Nationen
aufzuzwingen, während die Verbündeten die Unterdrückung anderer
Nationen aufrechterhalten? Die sozialistische Partei Frankreichs solle
nicht durch die Feder von einigen Journalisten, die in ihrem Namen
schreiben, eine so kriegerische und verächtliche Rolle spielen, die den
Etappenmarsch hinführt. Die Partei müsse allen Friedensvorschlügen,
gleichgültig, woher sie kommen, ein berechnungloses Ohr spenden, selbst-
verständlich in der Voraussetzung, daß die territoriale Unabhängigkeit
durch die Disziplin unberührt bleibe.

Diese Kundgebung ist nicht nur vornehmlich ab von dem vielen, was wir
während dieser Kriegszeit von französischen Sozialisten vernommen
haben. Gleichwohl hält sie sich fern von jeder Riesenmacherei. Hoffen
wir, daß die Berner Lagebericht diesmal recht berichtet hat. Die
Kundgebung ist unter Führung von 16 Genossen, die den Verwaltungsaus-
schuß bilden. So gerne wir aber glauben wollen, daß das lauter
bewährte Sozialisten sind, so müssen wir doch bedauern, daß sich kein
einziger unter ihnen befindet, der bisher im Ausland bekannt ge-
worden ist. Gerade die bekanntesten französischen Sozialisten kopfen
die blamantesten Sprüche.

Wesentlich anders betätigt sich das sogenannte sozialistische
Verteidigungskomitee in England. Dies hat an die
griechischen Sozialisten eine Kundgebung erlassen, in der es
unter anderem heißt:

„Bei der erhabenen Stunde in der Geschichte des griechischen
Vaterlandes — des Vaterlandes, das durch das Zusammenarbeiten
von Großbritannien, Frankreich und Rußland am unvergleichlichen Tage
von Maratona für die moderne Welt neu geschaffen wurde — legt
das britische sozialistische nationale Verteidigungskomitee zu den
Füßen der griechischen Nationen diesen Ausdruck seines Strebens
nach der Einheit aller hellenischen Völker in einem Groß-Griechen-
land durch dessen vollkommene Befreiung von der türkischen Kri-
minalität ehrsüchtig nieder. Setzt jetzt die Stunde
für Griechenland und für seine heroische und ruh-
volle Verbindung mit den Befreierern zur Sicherung
des Erbes seiner Väter.“

An die italienischen Sozialisten sandte das Komitee
folgende Botschaft:

„Das sozialistische nationale Verteidigungskomitee, in dem alle
britischen sozialistischen Bewegungen vertreten sind, schickt seinen Ge-
nossen der italienisch-sozialistischen Partei ihre herzlichen Grüße
und begrüßt die italienischen Sozialisten, daß sie Zeugnis
des herrlichen Triumphes werden, den Italien nun bezeugen
ist, in der vollen Entwicklung seines nationalen Lebens und in der
entschiedenen Einigung aller italienischen Völker im italienischen
Vaterlande sich zu sichern — die Wollendung des unsterblichen Wertes
der Magagna, Camorra, Garibaldi, Vittorio Emanuele — und sie bereitet
sich voller Begeisterung in den Hoffnungen seiner italienischen Ge-
nossen und steht in dem kommenden Sieg die sichere
Gewähr der Einheit der weltlichen Demokratien
und die Verwirklichung unseres sozialistischen
Sehnsens.“

Zu bemerken ist noch, daß von einer massenhaften sozia-
listischen Bewegung in Griechenland nicht die Rede
sein kann. 1910 haben die Sozialisten vier Abgeordnete gewählt.
Sie haben aber noch nichts davon gesehen, daß bei den letzten ver-
gnügendem Wahlen die Sozialisten auch nur einen einzigen Ver-
treter herbeiführen könnten. Im Namen des Sozialismus mag man
das bedauern, aber auch die Bedeutung der jüngsten englischen Kund-
gebung für Griechenland ist im Hinblick auf die oben erwähnte
Kundgebung in England nicht zu geringe Größe zur Unterdrückung
Deutschlands und seiner Verbündeten heranzuzugewinnen.

IK. Kritik über die deutsche Sozialisten. Die sozialistische
Bewegung ist es nicht, die der „Sozialist“ in England, wie er im
Jahre 1915 (Nr. 1225) auseinandersetzt, für England fürchtet, denn er
hält sie für unerschütterlich. Aber die nach dem Kriege wieder einsetzende
Zersplitterung des deutschen Sozialismus und deutscher Arbeit will er mit
großer Sorge betrachten. Er ist für die Fortführung jeder deutschen
Bewegung, die dem sozialistischen Ziele, Deutschland werde als sozia-
listischer Staat zu errichten, und die Fortführung jedes Kampfes, so
viele wie möglich wieder einen blühenden Handel zu entwickeln,
um reich bald mit dem verdienten Gebe eines neuen Krieges zu be-
ginnen. Wozum sollte das englische Geld dazu dienen, die deutsche

See- und Landmacht neu zu stärken? England sollte mit Rußland
und Frankreich, nicht mit Deutschland Handel treiben.

Blatchford regt sich schon im Voraus über die unverbesserlichen
Sentimentalisten auf, die nachher von Verzweiflung und Mitterlichkeit
reden werden. So, ein paar unverbesserliche Deutscher werden sogar
die Sterne haben, von unseren „deutschen Genossen“ zu schwagen.
„Unsere deutschen Genossen haben sich über gezeitigt, als ich erwartet
hätte; und ich habe herzlich wenig erwartet.“

Er hasse zwar die Deutschen nicht, er hasse nur ihre „Zwei-
deutigkeit, ihre Brutalität und ihre Habgier“. Um zu zeigen, wie
der Wind wehe, will Blatchford wissen, daß der Kaiser auf Berichte
von den Dardanellen geantwortet habe: „Wir dürfen Odesa nicht
erlauben, ein zweites Hamburg zu werden.“ Gut, dann dürften auch
die Engländer nicht dazu helfen, Hamburg ein zweites London
werden zu lassen. Die Arbeit der Verdrängung des deutschen Handels
könne nicht die Regierung leisten, daher müsse das Volk die Handels-
beziehungen zu allen Verbündeten immer fester gestalten. Wenn jeder
sich wie er vornehme, Deutschland und die Deutschen, ein-
schließlich des deutschen Sozialismus, zeitweilig
zu boykottieren, dann müsse das Werk gelingen.

Vom Ausland.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der Gesetzgebungsausschuß des amerikanischen Arbeiter-
bundes (American Federation of Labor) erstattete jüngst seinen
Bericht über die im Bundesparlament während der 68. Wahlperiode
(von Anfang 1913 bis Anfang 1915) auf dem Gebiete der Arbeits-
gesetzgebung erzielten Erfolge. Es werden 26 solche gesetzgeberische
Maßnahmen angeführt, wovon allerdings die meisten von unter-
geordneter Bedeutung sind, doch wurden auch einige wichtige Gesetze
erlassen. Als das wichtigste wird das neue Anti-Trustgesetz
betrachtet, wonach Organisationen der Arbeiter und der Bauern
nicht als verbotene Verbindungen zur Behinderung von Gewerbe
und Verkehr gelten dürfen. Ferner wurde ein neues Seemanns-
gesetz erlassen, das unter anderem anordnet, daß von den Mann-
schaften jedes Schiffes, das einen Hafen der Vereinigten Staaten
verläßt, 75 Prozent instand sein müssen, die Kommandosprache der
Offiziere zu verstehen, und daß binnen vier Jahren 45 bis 65 Prozent
der Schiffsmannschaften geschulte Seeleute sein müssen. Diese beiden
Bestimmungen richten sich gegen die Verwendung von Asiaten. Das
Gesetz enthält auch neue Vorschriften über den Arbeitsvertrag der
Seleute und dessen Auflösung, die im Vergleich mit den jetzigen
einen wesentlichen Fortschritt bedeuten. Andere Vorschriften betreffen
die Gesundheitsverhältnisse, die Sicherheit des Lebens u. s. w. —
Weiter sind zu nennen ein neues Gesetz betreffend die Verlegung
von Arbeitskräften im zwischenstaatlichen Eisenbahnbetrieb;
ein Verbot der Anwendung des auf Steigerung der Arbeitsleistung
berechneten Taylor-Systems in den Arme- und Marineverdiensten
der Vereinigten Staaten; eine Ergänzung des Gesetzes über das
Bergamt der Vereinigten Staaten, womit der Sicherheitsdienst
ausgestattet wird; eine Ausdehnung des Unfallentgeltgesetzes
auf die Postbediensteten u. s. w. Zu bemerken ist hierzu,
daß das Bundesparlament nur solche Gesetze zu erlassen befugt ist,
die die Beziehungen der einzelnen amerikanischen Bundesstaaten zu
einander oder die Beziehungen der Vereinigten Staaten zum Aus-
land betreffen. In 13 Fällen ist es nicht gelungen, gesetzgeberische
Maßnahmen für die der amerikanischen Arbeiterbund während der
letzten Wahlperiode eintrat, zu verwirklichen; hierunter befindet sich
die von beiden Häusern des Parlamentes angenommene, aber vom
Bundespräsidenten verworfene Vorlage über die weitere Beschränkung
der Einwanderung. Von den Gewerkschaften wird trotzdem die
Agitation für ein beträchtliches Gesetz rege weiterbetrieben, wobei ihnen
die gegenwärtig herrschende übermäßige Arbeitslosigkeit zuflutet kommt.
Der Arbeiterbund hat auch eine Agitation gegen die neuerdings
wieder aufgetauchten Pläne zur Einführung staatlicher Lohnbestim-
mung (nach australischem Muster) eingeleitet. Das australische System der
Regelung der Arbeitsbedingungen wird in Amerika von einem Teil
der industriellen Unternehmer, ganz besonders aber von bürgerlichen
Sozialreformern, befürwortet.

Einem jüngst erschienenen Berichte des Arbeitsamts im Staat
New York ist zu entnehmen, daß im Jahre 1914 von den Mit-
gliedern der berichtenden Gewerkschaften durchschnittlich 29,9 Prozent
(1913 25,3 Prozent) „außer Arbeit“ waren, das heißt arbeitslos,
arbeitsunfähig oder im Streik stehend. Arbeitslos waren im
Jahresdurchschnitt 27,5 Prozent der berichtenden Gewerkschafts-
mitglieder, oder fast gleich viele wie im Krisenjahre 1908. In allen
Gewerben zusammengekommen nahm der Umfang der Arbeitslosigkeit
im Jahre 1914 von 31 Prozent im Januar auf 21,4 Prozent im
Mai ab; dann folgte ein Ansteigen der Arbeitslosen auf 23,4 Prozent im
Juli und sodann wieder ein Rückgang auf 22,2 Prozent im September.
Im Oktober waren 23,7 Prozent, im November 34,1 Prozent und im
Dezember 33,8 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Das
sind Zahlen, wie sie in Deutschland selbst kurz nach dem Ausbruch
des Krieges nicht verzeichnet wurden, und sie lassen es verständlich
erscheinen, daß die amerikanischen Gewerkschaften für Beschränkung
der Einwanderung eintreten. Es ist aber auch zu bedenken, daß fast
zu jeder Zeit die Arbeitslosigkeit in New York größer ist als in allen
anderen amerikanischen Staaten, weshalb die amerikanischen Behörden
seit Jahren Maßregeln zur richtigen Verteilung der Einwanderer
über das Land ergriffen haben; leider waren sie so gut wie erfolg-
los. In der Metall-, Maschinen- und Schiffbauindustrie
des Staates New York waren von den Mitgliedern der berichtenden
Gewerkschaften „außer Arbeit“:

| Ende des Monats | Prozent | Ende des Monats | Prozent |
|-----------------|---------|-----------------|---------|
| Januar | 15,7 | Juli | 17,4 |
| Februar | 18,4 | August | 19,4 |
| März | 16,2 | September | 21,1 |
| April | 16,5 | Oktober | 24,9 |
| Mai | 16,0 | November | 30,6 |
| Juni | 13,9 | Dezember | 32,0 |

Dabei sind auch Kranke und Streikende mitgezählt. Arbeitslosen-
prozente werden in der amtlichen Statistik für die einzelnen Industrie-
gruppen nicht angegeben.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1915 fanden die Verbands-
tage von sieben amerikanischen Metallarbeiter- und verwandten
Organisationen statt. Es trafen zusammen die Verbandstage der
Drachhauer am 17. Juli in Holyoke, Massachusetts; Klempner etc.
am 2. August in Detroit; Betriebsarbeiter am 2. August in Cincinnati;
Wagen- und Automobilbauern im September (Tag und Ort noch nicht
bestimmt); Lackenmacherarbeiter am 17. September; Brücken- und
Eisenbauarbeiter am 20. September in San Francisco; Elektrizitäts-
arbeiter im September in St. Paul. Am 8. November wird in
San Francisco der Jahreskongreß des amerikanischen Arbeiterbundes
beginnen. Wohl dann erst werden zahlenmäßige Angaben darüber
zu erlangen sein, wie die den Krieg begleitende Wirtschaftskrise die
Entwicklung der amerikanischen Gewerkschaften beeinflusst. Gegen-
wärtig wird in keinem amerikanischen Gewerkschaftsblatt noch in
einer sonstigen Veröffentlichung die Mitgliederzahl angegeben, doch
ist zweifellos, daß auch in Amerika die Mitgliederzahlen im Sinken
begriffen sind. Auf die Gewerkschaftszahlen kann die ungünstige
Wirtschaftslage ebenfalls nicht ohne Einfluß sein.

Um die Meinungsverschiedenheiten in den Kreisen der Mitglieder
nicht zu verschärfen, unterlassen die amerikanischen Gewerkschaftsblätter
— mit wenigen Ausnahmen — die Veröffentlichung von Aufsätzen und
Mitteilungen über den Krieg. Das zur Behauptung früher Neutralität
zu tun, ist den Organisationen vom Vorstände des Arbeiterbundes
vorgelegt worden.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter
(W. a. S. Hamburg.)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Mai 1915.

Einnahmen:
Von Altheimendorf 200 M. Imberg 200. Langweiler 200.
Rathenburger 150. Rue b. Durlach 150. Augsburg 500. Bernab 200.
Berlin I 300. Berlin II 500. Berlin III 800. Berlin IV 500.
Berlin V 500. Berlin VII 600. Bepdorf 60. Wehingen 100. Wranben-
burg a. d. S. 300. Burg b. Magdeburg 60. Büchenbrunn —,35.
Charlottenburg 600. Ebn-Nippes 100. Ebn-Robertkirchen 300.
Ebn-Sülz 200. Ebn-Wingst 100. Dresden-Lößtau 400. Dresden-
Plauen 100. Düsseldorf-Wilf 600. Düsseldorf-Derenhof 600. Düssel-
dorf-Flehe 200. Düsseldorf-Klingern 400. Düsseldorf-Gerresheim 150.
Düsseldorf-Grafenberg 150. Düsseldorf-Rörtenbroich 300. Düsseldorf-
Rath 144. Düsseldorf-Werfen 200. Durlach 600. Eisenach 350. Eßer-
feld 200. Erlang 900. Essen a. d. R. II 450. Essen a. d. R. III 300.
Faurndau 90. Frankfurt a. M.-Niederend 100. Frankfurt a. M.
Niederend 100. Friedrichshafen 200. Fürstentum 400. Fürth 400
Gassen 50. Gelsenkirchen 200. Grünmettersbach 150. Grünwinkel 100
Güstrow 40. Gummersbach 100. Hamm i. W. 50. Harburg 300.
Heidelberg 100. Heilbronn 150. Zimmendingen 80. Karlsruhe 500.
Kiel 800. Kiel-Gaarden 700. Köpenau 1,80. Leipzig-Ost 100.
Leipzig-Süd 100. Leipzig-St.Ädler 275. Nichtenberg I 300. Nichten-
berg II 400. Nimbach i. S. 150. Litz 300. Magdeburg-Budan 300.
Mainz 200. Mannheim Neckarvorstadt 300. Meerane 87,50. Mühlau
200. Mühlburg b. Karlsruhe 250. Neustadt 600. Nieder-Schöne-
weide 300. Nowawes 100. Rürnberg-West 200. Oberkirchheim 200.
Offenburg i. B. 250. Ohle 80. Penzig 80. Potschappel 150. Pöls-
dam 130. Pölsheim 85,50. Rastatt 100. Rellingen 100. Rosen-
thal 200. Röttlingen 1600. Schladen a. S. 150. Schmiedeburg 150.
Schönebeck a. d. Elbe 100. Schöneberg b. Berlin 490. Schwerte 200.
Söllingen 100. Spandau 400. Spreedorf 80. Stralbe 300. Stettin
300. Styrum 300. Tegel 500. Tempelhof 200. Thale a. Harz 75.
Torgau 75. Triebes 100. Ubersbach 60. Waiomannst 100.
Waltersheim 150. Weiden b. Ebn 100. Widdau 300. Zell 200. Zwi-
brücken 150. Beiträge 1. Klasse 986,50. Beiträge 2. Klasse 392,80.
Beiträge 3. Klasse 308,70. Beiträge 4. Klasse 33. Erträge 131,44.
Zinsen 28,35. Mieten aus dem eigenen Grundbesitz 270,30.
Sonstige Einnahmen 85,63. Zusammen 31250,87 M.

Ausgaben:
Nach Magd 100 M. Harop 120. Wudum 50. Bergedorf 200.
Biberach a. N. 50. Bruchal 250. Butsch-Weierheim 150. Burg
a. d. Wupper 150. Cassel-Beitenhausen 100. Cassel-Wehdeln 150.
Ebn-Sülz 150. Ebn-Vindthal 100. Ebn 50. Wehrbrunn 100.
Delmenhorst 60. Dümpten 100. Düsseldorf-Elber 200. Düsseldorf-
Oberbill 150. Duisburg 150. Ebnfeld 120. Erfurt 150. Finster-
walde 80. Frankfurt a. M.-Obernd 100. Freiberg i. S. 75. Geras-
mühle 150. Gevelsberg 150. Groitzsch 50. Grotlach 50. Grumbach
100. Hagen i. W.-Elpe 100. Halberstadt 200. Hamburg i. Stadt 150.
Hamelau 50. Hamau 200. Herbebe 50. Herne 100. Höchst a. M. 250.
Hölsheim b. Neuf 100. Ingolstadt 100. Kirchheim u. T. 50. Köpen-
dorf 50. Königshofen 100. Köpenheim 100. Lauenburg 100. Lech-
hausen 200. Lehe 150. Leipzig-Schönefeld 75. Leimathe 100.
Limburg a. d. Lahn 50. Lößtau 60. Ludwigshafen-Mundenheim 250.
Lüdenscheid 200. Lünen 50. Magdeburg-Wilhelmshafen 100. Mann-
heim, Schwesinger-Vorstadt 200. Remmingsen 200. Rühlheim a. N.
500. Rühlheim a. d. Ruhr 120. Rühlheim-Glabach 150. Rühlheim 250.
Rehmet 290. Reiviges 100. Rühlheim 128,60. Rühlheim 105.
Rehmet 50. Ohligs 200. Pforzheim —,35. Pirna 100. Rander-
ader 150. Reichenschwand 200. Rühlheim 100. Rühlheim o. d.
Lauber 250. Rühlheim 50. Saarbrücken II 40. Saargemünd 30.
Sarnfeld 150. Schlangen 100. Schramberg 200. Schwabach 150.
Siegen I 200. Siegen II 100. Speldorf 100. Sulzbach 50. Torg-
elow 100. Unterlieberbach 70. Wiblingen 100. Wühlheim 60. Weil-
bach 100. Weingarten b. R. 200. Welper 120. Werdau 100. Zirn-
dorf 100. Kranzengeld 1. Klasse 909,65. Kranzengeld 2. Klasse 498,58.
Kranzengeld 3. Klasse 293,30. Weerdigungsgeld 1. Klasse 120. We-
erdigungsgeld 2. Klasse 25. Apothekenrechnung 19,71. Zurückbezogene
Beiträge 17,50. Persönliche Verwaltungskosten 4166,74. Sächliche
Verwaltungskosten 545,29. An den Unterstützungsfonds 4200. Grund-
steuer und Beitrag für das Grundbesitz 520. Gehaltsbeitrag
an das Kaiserliche Amt 871,90. Gerichtskosten 45,80. Sonst.
Ausgaben 270,17. Zusammen 23957,79 M.

Abschluss.

| | |
|------------------------------|---------------|
| Einnahmen | 31250,87 M. |
| Ausgaben | 23957,79 M. |
| Mehreinnahmen | 7293,08 M. |
| Kassenbestand am 1. Mai 1915 | 268688,81 M. |
| am 31. Mai 1915 | 2694181,89 M. |

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten
Postsendungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der
Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter
(W. a. S.), Hamburg 1, Besenbinderhof 70, zu richten.
Bei jeder Geldsendung an die Hauptkasse ist stets auf dem
Coupon der Anweisung anzugeben, ob der Betrag für die Kranken-
kasse oder für die Sterbekasse bestimmt ist, und wenn für beide Kassen,
dann wieviel für jede.

Mit Gruß **C. Buteuth, Hauptkassierer.**

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.
Samstag, 3. Juli:
Köln a. Rhein (Elektromonteur),
Fiere Döör, Kämmgasse 36, 9 Uhr.
Merschlag-Wägen, Burggarten, 1/9.
Sonntag, 4. Juli:
Hannover (Elektrom.) Gewerksch., 10.
Krofta (Elektrom.), Bismarckstr. 10.
Sonntag, 10. Juli:
Dresden (Elektromont.), Volkshaus,
Kleiner Saal, halb 9 Uhr.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseleure
Berlin C. 54, Linienstraße 83/85.

Sonstige Anzeigen.

Zum baldigen Eintritt tüchtige,
militär- **Staheldrahtmacher,**
welche sich über mehrjährige Tätigkeit
ausweisen können, gegen hohen Lohn
gesucht. Angebote an **Berthold**
Wölter, Drahtwerk, Essen a. Ruhr.

Mehrere Schloffer für Fed-
schloffer **Konstabler**
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Ortmann & Koppel, 1984
Köln, W. a. S., Poststr.

Junge Schloffer, Dreher, Mechaniker, Maschinenarbeiter und
sonstige Handwerker, die noch nicht militärpflichtig sind, oder solche,
die völlig militärisch sind, werden sofort eingestellt. Angebote mit Zeugnis-
abschriften an **Carl Zeitl, Jena.**

Tüchtige gelernte Dreher, Kontroleure, Buchhalter, Friseur,
Spezialschloffer für Bergbauarbeiten und Automobile sofort
gegen hohen Lohn und dauernde Arbeit gesucht.
Mannesmann-Wilg, Naumb. Poststr. 26.